



Landes-SGK EXTRA Brandenburg

11/12 | 2015

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Brandenburg e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde der SGK Brandenburg, liebe Mitglieder,

das Jahr 2015 wird seinen besonderen Platz in der Geschichte haben. Ich weiß, man sollte mit Einschätzungen dieser Art vorsichtig und mit Bedacht umgehen. Im Rückblick auf die vergangenen zwölf Monate sind mir aber zwei Themen vor Augen, die, so glaube ich, nicht nur mich tief berührt haben. In beiden Fällen ist das Phänomen nicht neu; neu ist aber, dass es in diesem Jahr Europa erreicht hat.

Zum einen meine ich da den islamistischen Terror. Die Anschläge auf die Redaktion von Charlie Hebdo und den Kosher Supermarkt im Januar und die Ereignisse des 13. November haben uns mit einer unverhohlenen Macht vor Augen geführt, wie verwundbar unsere freiheitliche Gesellschaft in solchen Momenten ist.

Das andere sind die vielen Menschen, die dieses Jahr aus zahlreichen Teilen der Welt nach Europa gekommen sind. Angst um Leib und Leben, die Furcht vor Vertreibung oder einfach der Wunsch nach einem besseren Leben für sich und die eigenen Kinder haben diese Männer und Frauen bis in die kleinsten Dörfer Brandenburgs geführt. Wir kommunalpolitisch Verantwortlichen, egal ob ehrenamtlich oder hauptamtlich tätig, stehen seitdem tagtäglich vor neuen Aufgaben. Angesichts der Schwierigkeiten und des nicht immer strukturiert wirkenden Handelns wird hier und dort schon von Staatsversagen schwadroniert. Da wünscht man sich doch manchmal eine kleinere Münze, denn von einem Ausfall der staatlichen Gewalt kann keine Rede sein. Allerdings wäre eine bessere Kooperation der Akteure aller Ebenen mitunter hilfreich. So sind beispielsweise die Informationsflüsse an vielen Stellen noch ausbaufähig, sei es zwischen dem Land und den Kreisen, sei es zwischen den Kreisen und



Christian Großmann ist Amtsdirektor des Amtes Brück und stellvertretender Vorsitzender der SGK Brandenburg.

Foto: N. Rochlitzer / SGK Brandenburg

ihren Kommunen. Wie immer gibt es auch einen finanziellen Aspekt. Bund, Land und Kreise streiten hier um eine faire Verteilung von Lasten und Mitteln. Die gemeindliche Ebene wird hierbei leider fast vollkommen ausgeblendet. Ein Blick in den Entwurf zum neuen Landesaufnahmegesetz lässt da auch keine Besserung erscheinen. Trotzdem stellen sich die Städte und Gemeinden der Aufgabe, da sich auf dieser Ebene die Probleme eben nicht durch lamentieren und negieren lösen lassen.

Zum Glück haben sich in vielen Orten des Landes Menschen in Willkommensinitiativen zusammengefunden, die weit über die staatlichen und kommunalen Angebote hinaus, helfen und unterstützen, wo Hilfe benötigt wird. Dies ist bürgerschaftliches Engagement im besten Sinn des Wortes! Wer diese Menschen hingegen nur als „nützliche Idioten“ titu-

liert, beweist damit seinerseits, dass er wohl auf dem Niveau dumpfen Stammtischgefesels festgefahren ist.

Leider manifestiert es sich in der Diskussion um die Flüchtlinge auch, wie dünn doch die Decke der Menschlichkeit, aber auch des demokratischen Geistes vielerorten ist. Im europäischen Maßstab zeigen die Regierungen vieler EU-Mitgliedsstaaten nunmehr ihr neoliberales oder gar nationalistisches Gesicht, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht. Und im Innern versprühen in das Mäntelchen des „besorgten Bürgers“ Verkleidete fast ungestört ihren Hass und ihre Verachtung gegen alles Ungewohnte und Fremde. Ich will hier gar nicht in Abrede stellen, dass die Ankunft vieler Menschen in den Städten und Dörfern des Landes viele Fragen aufwirft. Ich habe dies selber in Einwohnerversammlungen erlebt. Genauso

Inhalt

www.HelptTo.de

Mut zum Anpacken

Nachruf

habe ich aber auch gesehen, wie eine offene Informationspolitik und Antworten auf die gestellten Fragen in den meisten Fällen zu Verständnis und Einsicht führen. Angst kommt aus dem Unbehagen vor dem Unbekannten; wenn man sich aber mit dem Thema selber befasst und die Gabe zum eigenen Denken nutzt, lichten sich die Nebel und man bekommt einen klaren Blick.

Letztlich ist dies ein Praxistest für unsere Demokratie. Wir sind jeder selbst ein Stück weit verantwortlich dafür, dass Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Menschlichkeit nicht nur schöne Worte bleiben, sondern gelebte Werte sind – die wir verteidigen gegen Anfeindungen von innen, die aus einem braunen Sumpf der dumpfen Vergangenheit daher kommen (mal mit Bomberjacke, mal im Tweedanzug), und auch gegen Anfeindungen von außen, wenn sie uns unsere Freiheit wegbomben wollen, weil sie es nicht ertragen können, dass die universellen Menschenrechte für uns nicht verhandelbar sind.

Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass 2016 ein Jahr wird, das uns weniger herausfordert. Umso mehr wünsche ich Euch eine besinnliche und gesegnete Weihnachtszeit, die Gelegenheit, an den Feiertagen Kraft zu schöpfen für ein hoffentlich glückliches und gesundes 2016 und einen guten Rutsch in das Neue Jahr!

Euer

Christian Großmann



Den Startknopf für das Projekt drückten (v.l.n.r.) Anne Böttcher, Geschäftsführerin der AWO Brandenburg, Christoph Miethke, Vorsitzender des Vereines Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V., Günter Baaske, Brandenburgs Minister für Bildung, Jugend und Sport, und Jann Jakobs, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam.

Foto: Medienlabor

www.HelpTo.de

Digitale Unterstützung für Flüchtlings-Helfer

Autor Jean-Pierre Winter

Täglich kommen neue Flüchtlinge aus den Kriegs- und Krisengebieten der Welt zu uns. Dies stellt viele aufnehmende Kommunen vor enorme Herausforderungen. Ein großer Teil der geflüchteten Menschen wird dauerhaft in Deutschland bleiben. Eine gute Aufnahme und Integration hängt dabei von uns allen ab. Aber wie kann diese Integration an der Basis unterstützt werden? Wie verbindet man Helfende und Hilfesuchende am besten miteinander? Wie kommt die Hilfe auch dort an, wo sie gebraucht wird? Wie kann man die Helfer vor Ort unterstützen? Kann das Internet bei dieser Aufgabe helfen?

Seit Oktober gibt es auf diese Fragen eine Antwort: HelpTo – das Flüchtlings-Hilfe-Portal. Das Internet-Angebot ist dabei sowohl Sachspenden-Marktplatz, Freiwilligen-Agentur als auch Arbeitsplatzbörse und Wohnungsvermittlung. Mit wenigen Klicks können eigene Angebote und Gesuche eingestellt werden oder auf

vorhandene Einträge reagiert werden. Das Ziel der Initiatoren vom Verein Neues Potsdamer Toleranzedikt ist es, Flüchtlinge, engagierte Bürger, Initiativen, Organisationen, Kommunen und Unternehmen zusammenzubringen und die Helfer vor Ort zu unterstützen. Ein internes Nachrichten-System und ein besonderes Augenmerk auf den Schutz persönlicher Daten ermöglichen den Nutzern eine geschützte Kommunikation und Vernetzung.

Das Portal ist regional auf Städte und Landkreise ausgerichtet und jeweils unter einer eigenen Internetadresse erreichbar (z. B. <http://stadtname.helpsto.de>) und kann von Kommunen und Landkreisen kostenfrei genutzt werden.

Seit dem Projektstart in Potsdam sind weitere Städte und Landkreise dazugekommen. Anfragen kommen aus dem gesamten Bundesgebiet. Einge Hundert Nutzer beteiligen sich

schon aktiv. So stellen Bürger eigene Angebote für Sachspenden oder ehrenamtliche Hilfe ein und die Flüchtlings-Unterkünfte teilen mit, was gebraucht wird. Ebenso bieten einige Sportvereine die Möglichkeiten zur Begegnung bei Sportveranstaltungen und Trainingsangeboten oder Unternehmen bieten Praktika- oder Ausbildungsplätze an.

Hilfe wird besser verzahnt

Unterstützt wird das Projekt dabei auch vom Städte- und Gemeindebund Brandenburg. „Die große Zahl an Flüchtlingen bringt die Kommunen an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Deshalb ist es besonders wichtig, dass zivilgesellschaftliches Engagement und staatliche Aufgaben gut miteinander verzahnt sind. HelpTo kann ein Instrument werden, um diese Funktion zu erfüllen. Ich wünsche mir, dass möglichst viele Menschen dieses Angebot nutzen“, sagt Jann Jakobs, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam

und Präsident des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg.

Die Situation der Träger-Einrichtungen fasst Anne Böttcher, Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt Brandenburg, so zusammen: „Wir erleben derzeit eine so große Hilfsbereitschaft seitens der Bevölkerung, dass unsere Einrichtungen die Anfragen kaum noch bewältigen können. HelpTo schafft eine Möglichkeit, die Akteure vor Ort direkt miteinander in Kontakt treten zu lassen, so dass die Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Weil es um Menschen geht!“

HelpTo ist ein gemeinnütziges Projekt des Vereines Neues Potsdamer Toleranzedikt und finanziert sich über Spenden, Sponsoring, Kooperationen und Förderungen.

Mehr Informationen unter

www.helpsto.de

Facebook: www.facebook.com/helpstoDE

Twitter: https://twitter.com/helpsto_de

Mut zum Anpacken

Ein Jahresrückblick

Autor Niels Rochlitzer

Schaut man aus der heutigen Perspektive zurück, dominiert das Thema Flüchtlinge ohne jeden Zweifel das hinter uns liegende Jahr. Bis zum Jahreswechsel, so lautet die Prognose des Innen- und Kommunalministers Karl-Heinz Schröter, werden im Jahr 2015 allein 36000 Menschen, die in Deutschland Zuflucht und Asyl suchen, nach Brandenburg gekommen sein. Das ist zweifellos eine große Zahl und die damit verbundenen Herausforderungen spüren wir in den Kommunen im ganzen Land. Von der Verabschiedung des Landesaufnahmegesetzes erwarten wir nun aber die Rechtssicherheit der Finanzierung der damit verbundenen Kosten durch das Land. Die Prozesse bei

der Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber laufen inzwischen weitgehend routiniert. Vor Ort konzentrieren sich bereits viele engagierte Bürgerinnen und Bürger auf die Integration der bei uns Zuflucht suchenden Menschen.

Verwaltungsstrukturreform – ein ergebnisoffener Prozess

Bei aller Dominanz dieses Themas haben uns 2015 noch viele weitere Fragen bewegt und beschäftigt, die uns auch durch das Jahr 2016 begleiten werden. Die Debatte über die bevorstehende Verwaltungsstrukturreform steht hier sicherlich an erster Stelle. Noch bis in das späte Frühjahr



Hochkarätig besetztes Diskussionspodium auf dem 1. Kommunalkongress 2015 am 18. April: Kai Weber, Dr. Harald Sempf, Günter Baaske, Elisabeth Herzog-von der Heide und Ines Hübner
Foto: N. Rochlitzer / SGK Brandenburg

2016 hinein wird der Diskurs über das im Sommer vom Landtag zu beschließende Leitbild zur Verwaltungsstrukturreform weitergeführt

werden. Auch die SGK wird sich weiterhin an diesem Prozess beteiligen. Allein acht dezentrale Veranstaltungen hat die SGK Brandenburg

Anzeige

**JETZT
kostenlos
Probelesen!**

DEMO als Zeitung
im neuen Format

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN
FÜR KOMMUNALPOLITIK

Probeabonnement für 3 Monate
jetzt kostenlos bestellen:

www.demo-online.de
☎ 030/740 73 16-61

Dieses Abonnement ist kostenfrei
und läuft automatisch aus.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 2. Kommunalkongresses am 19. September anlässlich des 25-jährigen Bestehens der SGK Brandenburg

dem Thema Verwaltungsstrukturreform gewidmet. Zudem stand der Kommunalkongress anlässlich des 25-jährigen Bestehens der SGK Brandenburg ganz im Zeichen der geplanten Reform. Brandenburgs Minister des Innern und für Kommunales, Karl-Heinz Schröter, stellte dort den Leitbildentwurf vor und diskutierte anschließend mit Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Familie. Ein Zwischenfazit, dass man nach diesen neun Veranstaltungen 2015 ziehen kann, ist zum einen das große Interesse der kommunalen Familie an der Reform. Dabei ist bemerkenswert, dass nur sehr vereinzelt der Ruf nach einem Verschieben des Projektes laut wurden. Von der großen Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den



2015 wurde auch der Vorstand der SGK neu gewählt. Hier präsentiert er sich den Kameras. Nicht im Bild sind die Vorstandsmitglieder Daniel Kurth, Ralf Reinhard, Karl-Ludwig Böttcher und Klaus Ness sowie Stephan Loge und Christian Maaß. Fotos (2): N. Rochlitzer / SGK Brandenburg

unterschiedlichen Veranstaltungsformaten wurde der Reformbedarf als solcher anerkannt, wenn auch die Frage unterschiedlicher Bevölkerungsprognosen und -schätzungen immer wieder aufgeworfen wurde. Allerdings dürften auch Prognosen, die einen weniger drastischen Bevölkerungsverlust vieler Kreise und kreisfreier Städte vorhersagen als die Annahmen des Innen- und Kommunalministeriums, nichts an der grundsätzlichen Notwendigkeit ändern, die Verwaltungsstrukturen den künftigen Gegebenheiten anzupassen. Spannend bleibt die Debatte um die Mindest- bzw. Regeleinwohnerzahl künftiger Landkreise. Der linke Koalitionspartner hat auf seinem Landesparteitag im November 2015 mit der Zahl 150 000 eine Marke gesetzt, die deutlich unter der vom MIK angestrebten Untergrenze von 175 000 liegt. Sollte sich DIE LINKE mit dieser Forderung durchsetzen, wird sie an anderen Stellen Konzessionen machen müssen. Die Direktwahl der Landräte etwa, die sich in der Mehrzahl der Fälle als nicht erfolgreich und als wirklichkeitsfremd erwiesen hat, könnte hier zum Verhandlungsgegenstand werden.

Ebenfalls längst noch nicht in trockenen Tüchern ist die prozessuale Grundlage für die Fusion bisheriger Kreise, die als Funktionalreform be-

Anzeige



**DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN
FÜR KOMMUNALPOLITIK**



**JETZT
AUF FACEBOOK
BESUCHEN!**

[www.facebook.com/
demo.online](http://www.facebook.com/demo.online)

Gefällt mir



Zu Beginn des Jahres ist Niels Rochlitzer (hier mit der Vorsitzenden Ines Hübner) Christian Maaß als Geschäftsführer der SGK Brandenburg gefolgt.

zeichnete Kommunalisierung von Aufgaben. Auch nach den Anhörungen im Landtag bleibt Widerstand gegen einige wesentliche Aufgabenübertragungen auf kreisliche und gemeindliche Ebene. Sicherlich wird es insbesondere mit Blick auf die Forstverwaltung und das LASV noch kontroverse Debatten geben. Ein Ruf, der bei den Veranstaltungen der SGK häufig laut wurde, ist die Forderung nach einer umfassenden Stärkung der gemeindlichen Ebene durch Aufgabenübertragungen hin zu Städten

und Gemeinden. Dieser als Funktionalreform II bezeichnete geplante Reformschritt wurde von vielen Teilnehmern als unzureichend und kleinstufig bewertet. Obwohl sowohl der Koalitionsvertrag als auch der Leitbildentwurf die Ebene der Gemeinden weitgehend aussparen und gesetzliche Zusammenschlüsse für die laufende Legislaturperiode ausschließen, befassten sich signifikant viele Diskussionsbeiträge und Fragen mit diesem Thema. Das gleiche trifft auf schriftliche Anfragen an die SGK und gewünschte Informationsveranstaltungen vor Ort zu. Ganz offensichtlich ist der Handlungsdruck, der vor Ort verspürt wird, auf der Ebene der Gemeinden weitaus größer als jener auf Kreisebene. Angesichts einer wachsenden Zahl kleiner und kleinster Gemeinden im Land ist dies nicht verwunderlich. Der bislang im Leitbildentwurf vorgeschlagene Weg, die Ämter zu ertüchtigen und zu zukünftigen Amtsgemeinden auszubauen, ist sicherlich ein Schritt hin zu

einer künftigen Stärkung der Verwaltungen unterhalb der Kreisebene. Direkt gewählte Amtsausschüsse sind hier auch verfassungsmäßig konsequent und stärken die demokratische Legitimation kommunaler Selbstverwaltung. Fraglich ist jedoch, ob sich

das Instrument direkt gewählter Amtsdirektoren, dann Amtsbürgermeister, als praxistauglich erweist. Das Interesse und die Beteiligung an der Direktwahl der Landräte legt nahe, auf diese zusätzlichen Urnengänge zu verzichten.



Eines der häufigsten Veranstaltungsthemen im Jahr 2015 war die bevorstehende Verwaltungsstrukturreform. Hier referiert Volker-Gerd Westphal (Dritter von links) in Teltow-Fläming über den Leitbildentwurf.

Fotos (2): N. Rochlitzer / SGK Brandenburg

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: www.bnr.de



Auch 2015 wieder gut besucht: die Kommunalakademie der SGK Brandenburg

Ein weiterer Aspekt, der viele Leserinnen und Leser des BRANDENBURG EXTRA sowie Teilnehmende der SGK-Veranstaltungen beschäftigt, ist die demokratische Partizipation in künftig größeren Strukturen. Wie kann es gelingen, Menschen zur politischen Beteiligung zu motivieren, wenn dies noch weitere Wege zu den Sitzungen der Kreistage, Ausschüsse, Fraktionen und der Gliederungen der Parteien bedeutet? Können künftig Abgeordnete eines Kreistages noch guten Gewissens Entscheidungen über lokale Frage-

stellungen treffen, wenn sie angesichts der Kreisgröße weder die Lage vor Ort in Augenschein nehmen konnten, geschweige denn über profunde Ortskenntnis verfügen? Wie kann die Dominanz künftiger Kreisteile über andere verhindert werden? Diesen und weiteren Fragen gilt es in der weiteren Debatte nachzugehen. Die SGK Brandenburg wird auch im Jahr 2016 mit eigenen Veranstaltungen den Reformprozess begleiten, so mit einem weiteren SGK-Kommunalkongress am 11. Juni 2016. Außerdem beteiligt sich die

SGK auch künftig an den Veranstaltungen des Ministeriums des Innern und für Kommunales, etwa dem Reformkongress des MIK am 16. Januar 2016 in Cottbus.

Bildung und Qualifikation

„Kerngeschäft“ der SGK bleibt die politische Bildung und Qualifikation an Kommunalpolitik interessierter Bürgerinnen und Bürger sowie in Verantwortung stehender Mandatsträgerinnen und -träger. Auch 2015 hat die SGK die mittlerweile traditionsreiche Kommunalakademie

durchgeführt. 19 Teilnehmende aus nahezu dem gesamten Landesgebiet haben sich an zwei Wochenenden mit einem vielseitigen Schulungsangebot auseinandergesetzt und zudem jeweils an einem Kaminabend Gelegenheit gehabt, mit SPD-Generalsekretärin Klara Geywitz und Fraktionschef Klaus Ness zu debattieren. Neben zentralen Seminaren hat auch 2015 eine Vielzahl dezentraler Fortbildungsveranstaltungen stattgefunden. Die gemeinsame Planung und Organisation mit den Fraktionen und Mandatsträgern vor Ort hat sich bewährt und wird auch künftig fortgesetzt. Gezielt kann so Qualifizierungsbedarf angemeldet und abgedeckt werden. Ein Angebot der SGK, das 2016 zusätzlich ausgebaut wird, ist die gezielte Qualifizierung von Brandenburgerinnen und Brandenburgern, die sich für Bürgermeisterkandidaturen interessieren. Das Projekt „Besser Bürgermeistern“ wird gezielte Schulungen ebenso beinhalten wie ein Mentoring-Programm und Rathauspraktika.

Sicherlich ein Höhepunkt im Jahresprogramm 2016 wird eine gemeinsame Exkursion der SGK Brandenburg mit dem Deutsch-Polnischen Gesundheitsverband nach Warschau vom 10. bis 13. März sein. Interessenten an diesem mehrtägigen Seminar in der polnischen Hauptstadt können sich in der Geschäftsstelle der SGK auf den bekannten Kommunikationswegen melden.



Motivierte Teilnehmende und hervorragende Lehrkräfte (hier im Bild Sabine Tischendorf) – die Kommunalakademie der SGK Brandenburg findet seit vielen Jahren jährlich statt.

Fotos (2): N. Rochlitzer / SGK Brandenburg

2015 war ein ereignisreiches Jahr, im Guten wie auch im Schlechten. Der Abschied von einem sozialdemokratischen „Giganten“, dem ehemaligen Bundeskanzler, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Finanzminister, nicht zuletzt auch Hamburger Innensenator Helmut Schmidt, soll an dieser Stelle noch einmal Erwähnung finden. Von Helmut Schmidt kann man fraglos vieles lernen, den Mut, anzupacken allemal.

Auch 2016 wird die SGK Brandenburg die Themen anpacken. Alle Leserinnen und Leser des BRANDENBURG EXTRA sind eingeladen, sich zu beteiligen und mit zu gestalten!

Nichts tun ist keine Option

Rede von Ines Hübner, Bürgermeisterin der Stadt Velten und Vorsitzende der SGK Brandenburg auf dem Landesparteitag der SPD Brandenburg am 28. November 2015 in Potsdam

Liebe Genossinnen und Genossen,

die SGK Brandenburg unterstützt den vom Landesvorstand eingebrachten Antrag BRANDENBURG ZUSAMMEN HALTEN. Ich möchte Euch in sechs Punkten darlegen, aus welchen Gründen und unter welchen Bedingungen ich mich für diesen Antrag einsetze:

Demografische Entwicklung

Wir können uns der Realität nicht verschließen. Brandenburgs Bevölkerung wird in der Peripherie drastisch schrumpfen, im Verflechtungsraum um Berlin wachsen. Darauf müssen wir reagieren, wenn wir nicht dramatisch steigende Personalkosten je Einwohner und damit verbunden wach-

sende Kreisumlagen in Kauf nehmen wollen. Ziel der Reform muss es aber sein, bei größer werdenden Verwaltungsstrukturen Bürgernähe und -beteiligung nicht zu verringern.

Wir müssen Bürgernähe im Gegenteil noch deutlich stärken. Auch jenseits der Kreisstädte werden wir kreisliche Verwaltungsdienstleistungen anbieten müssen. Front-Office-Lösungen und ein ausgebautes e-Government sind hier wichtige Komponenten. Gerade im Bereich e-Government fehlen mir im Moment noch schlüssige Konzepte. Hier muss nachgelegt werden! Vor allem aber bedeutet dies auch, dass wir den Breitbandausbau vorantreiben müssen.

Fachkräftesicherung

Verwaltungen sind immer so gut wie ihre Mitarbeiter. Kommunale Verwaltungen sind auf Kompetenz und Motivation ihrer Beschäftigten angewiesen. Personalentwicklung und Anreize für hervorragend fachkundige Beschäftigte wird in Zukunft eine Kreisverwaltung, die für gerade einmal 80 000 Einwohner zuständig ist, nicht bieten können.

Aufgabenverlagerung auf kreisliche UND gemeindliche Ebene

Als Kommunalpolitikerin bin ich vehemente Verfechterin des Subsidiaritätsprinzips. Aufgaben werden am besten auf der untersten Ebene erledigt, die dazu in der Lage

ist. In der Kommunalisierung von Aufgaben findet das Subsidiaritätsprinzip Ausdruck. Ich unterstütze nachdrücklich die Verlagerung von Aufgaben von der Landes- auf die Kreisebene, die im Leitbildentwurf sogenannte Funktionalreform I.

Ich unterstreiche aber auch die Notwendigkeit weiterer Aufgabenverlagerungen von der kreislichen auf die gemeindliche Ebene, der sogenannten Funktionalreform II. Dass Brandenburgs Gemeinden befähigt sind, sehr effizient bisherige Kreisliche Verwaltungsaufgaben zu erledigen, wird zum Beispiel im Rahmen des Standarderprobungsgesetzes unter Beweis gestellt.

Anzeige



NACH DEM KONGRESS IST VOR DEM KONGRESS:

11. DEMO-KOMMUNALKONGRESS

17. – 18. November 2016, Berlin

*Jetzt Termin 2016
vormerken!*



Konnexität

Ich muss an dieser Stelle nicht betonen, wie sehr wir auf die Einhaltung des Verfassungsgebotes der Konnexität achten werden. Aufgabenübertragungen darf und wird es nur geben, wenn dafür auch die entsprechenden Finanzen übertragen werden. Die Ausgabenlast folgt der Aufgabenlast.

Stärkung der Oberzentren

Ob ein Oberzentrum stark oder schwach ist, macht sich nicht an Kreisfreiheit oder Kreisangehörigkeit fest. Stärke erwächst durch Handlungsspielräume und durch Gestaltungskraft. Eine Stadt, der ganz offensichtlich pflichtige Kreisaufgaben zur Bürde geworden sind, gewinnt doch an diesen Handlungsspielräumen und an Gestaltungskraft, wenn sie davon befreit wird, noch dazu, wenn mit einer Reform eine Teilschuldung einhergeht, wie sie geplant ist. Eine Frage, die wir im Rahmen der weiteren Leitbilddiskussion noch klären müssen, ist die Beteiligung der Kommunen durch die Verbundmasse des kommunalen Finanzausgleichs an den Kosten der Reform. Wenn wir hier unvorsichtig handeln, treiben wir einen Spaltpilz in die kommunale Familie zwischen jene, die diszipliniert und oft mit großen Anstrengungen verbunden gehaushaltet haben und schuldenfrei sind einerseits, und jene, die aus den unterschiedlichsten Grün-



Ines Hübner, Bürgermeisterin der Stadt Velten und Vorsitzende der SGK Brandenburg.

Foto: N. Rochlitzer / SGK Brandenburg

den, das sage ich ohne jede Schuldzuweisung, bis über beide Ohren verschuldet sind.

Sozialverträglicher Personalübergang

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen wir besonders in der Verantwortung, Reformen voranzutreiben, die auch künftigen Generationen eine Grundlage für Wohlstand und Prosperität bieten. Zugleich muss es uns aber auch gelingen, dass Reformen nicht zulasten der Menschen hier und jetzt erfolgen. Ich kann mit gutem Gewissen diesem Antrag und einer Reform zustimmen, wenn reformbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden und der Personalübergang im Rahmen der Aufgabenübertragung sozialverträglich erfolgt.

„Parol auf dieser Welt ist nichts als Müh und Arbeit“ war das Leitmotiv der Rede des Vorsitzenden Manfred

Richter zum Jubiläumskongress der SGK 2010. Mit dem Einsetzen der Enquete-Kommission begann die Debatte über die Zukunft der kommunalen Strukturen auch in der SGK. Für uns war und ist es selbstverständlich, uns umfassend zu diesem Themenkomplex zu äußern. Denn wenn die kommunalen Verwaltungen in Brandenburg auch in Zukunft den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger als bürgernahe Verwaltung gerecht werden und zudem notwendigerweise auch effizient sein sollen, kommen wir nicht umhin, eine umfassende Funktionalreform in Angriff zu nehmen und auch die Verwaltungsstrukturen künftigen Erfordernissen anzupassen.

Bei den nachfolgenden Diskussionen sind für mich zwei Dinge nicht aus dem Auge zu verlieren.

- Es ist notwendig, die Reformbedarfe von Land, Landkreisen, Städten und Gemeinden im Zusammenhang zu diskutieren.
- Es wäre nicht ehrlich, zu behaupten, dass wir eine Debatte führen, die ohne praktische Folgen bleibt.

Aber: nichts tun ist keine Option.

Unsere Aufgabe als kommunalpolitische Vereinigung ist die Politik für Stadt und Land, von großen und kleinen Kommunen, von strukturschwachen und prosperierenden Gemeinden. Auch wenn buchstäblich gilt, dass ohne Geld alles nichts ist, erschöpft sich Kommunalpolitik und unsere Aufgabe in der SGK nicht nur im Kampf um solide Kommunalfinanzen. Es geht Tag für Tag um neue Projekte und damit verbunden um Wagnisse. Wir alle gehen sie trotz unsicherer Rahmenbedingungen ein, um in den Städten eine ökonomische Perspektive zu schaffen, um Mobilität trotz demografischen Wandels aufrecht zu erhalten, bezahlbares Wohnen und gute Arbeit und Bil-

dungsangebote zu sichern. Natürlich benötigen wir dafür Geld, aber ebenso notwendig sind Ideen und der Mut, Neues zu wagen.

Was uns im Alltag besonders wichtig ist, wird nicht im Bundestag oder Landtag entschieden, sondern in den Rathäusern und Kreistagen von ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, von engagierten Bürgermeistern und Landräten. Das Gestalten von Lebensumständen und gesellschaftlichen Verhältnissen erleben wir unmittelbar nur in den Kommunalparlamenten und Rathäusern. ABER, Kommunalpolitik findet nicht auf einer Insel statt, sondern in einem Geflecht von staatlichen Zuständigkeiten.

Gute Kommunalpolitik muss demnach über die Grenzen des eigenen Wirkens hinaus blicken und mitgestalten. Kommunalpolitiker sind Außenpolitiker. Selbstverwalten – Mitgestalten. So lautet der Leitspruch der SGK. Sozialdemokratische Politik lässt sich nirgends anschaulicher entwickeln, umsetzen und erleben als in unseren Städten. Und ich bin der festen Überzeugung, dass wir auch zukünftig handlungsfähige Städte als Laboratorien guter Sozialpolitik dringend brauchen. Denn die Städte sind das Gedächtnis der gesamten Bevölkerung und auch deren Zukunftswerkstatt.

Viele tausend sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker geben zusammen mit den haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den Landrätinnen und Landräten der SPD vor Ort ein Gesicht. Lasst uns die vor uns liegende Verwaltungsstrukturreform gemeinsam richtig gestalten, denn ohne den Staat sind keine guten Städte zu erhalten.

Nachruf Lothar Englert

Mann der ersten Stunde im Landtag Brandenburg. Aufrecht und gradlinig. SPD-Politiker aus Leidenschaft, immer auch Mensch und Kämpfer für Schwedt.

Lothar Englert hatte in der schwierigsten Zeit des Umbruch die Entschlossenheit und Mut den Umbruch zu gestalten. Ich habe selten einen Menschen kennengelernt der mit derartigem Tatendrang, Beharrlichkeit und Konsequenz für Veränderungen zum Wohle der Menschen eingetreten ist. Lothar Englert hat sehr viel für die Menschen in Schwedt bewegt was immer mit seinem Namen verbunden bleiben wird. Er war ein Vorbild und ein Freund. Auch für mich ganz persönlich.

Mike Bischoff

IMPRESSUM**Verantwortlich für den Inhalt:**

SGK Brandenburg e.V.,
Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Redaktion: Niels Rochlitzer, V.i.S.d.P.
Telefon: (0331) 73 09 82 01

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld